

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 10/2010

Bewahrung der europäischen Idee- Persönliche Notizen

Bundestag und Bundesrat beschließen Stabilisierung der gemeinsamen Währung

Der Deutsche Bundestag hat an diesem Mittwoch in 1. und an diesem Freitag in 2./3. Lesung über die Stabilisierung des Euro beraten und mehrheitlich das „Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ beschlossen.

Den Beratungen war eine Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgegangen, in der sie eindringlich für das milliardenschwere Rettungspaket für den Euro warb. „Langfristige Stabilität ist ohne gesunde Staatsfinanzen undenkbar. So einfach ist das“, sagte Merkel. Auch Deutschland habe über seine Verhältnisse gelebt und in den letzten 40 Jahren mehr Schulden gemacht als gut gewesen sei. Sie sprach sich für eine umfassende Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes aus und nannte die im Jahr 2004 von der rot-grünen Bundesregierung betriebene Lockerung des Euro-Stabilitätspaktes einen "großen Fehler".

In der sich anschließenden Debatte appellierte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an die SPD, Verantwortung für die Stabilität des Euro zu übernehmen. Der Euro sei nicht der Euro der Regierungskoalition, sondern die Währung unseres Landes, sagte Kauder. Der Bundestag müsse

gemeinsam die Herausforderungen annehmen, da es hier um eine nationale Verantwortung und nicht um parteipolitische Interessen gehe. Eine wirkliche Alternative zu den Gesetzentwürfen der Koalition für die in Rede stehenden Garantien sah Kauder nicht. "Wir sind felsenfest überzeugt, dass eine Alternative eine schlechtere Lösung wäre", sagte der Fraktionsvorsitzende.

Wie sehen die von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Maßnahmen zur Eurostabilisierung konkret aus:

Künftig wird es möglich sein, Euro-Staaten finanziellen Beistand zu gewähren, wenn diese durch außergewöhnliche Ereignisse ernstlich von der Zahlungsunfähigkeit bedroht sind. In dieser Absicht soll die Europäische Union Finanzmittel im Volumen von bis zu 60 Milliarden Euro bereitstellen und eine Stabilitätsgemeinschaft entstehen, die zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit Kredite im Umfang von bis zu 440 Milliarden Euro gewähren kann.

Diese Kredite der Stabilitätsgemeinschaft werden durch die teilnehmenden Euro-Staaten garantiert. Auf Deutschland entfällt damit ein maximaler Bürgschaftsbeitrag von 147,6 Milliarden Euro: Eine Garantiesumme von 123 Milliarden Euro, die im äußersten Notfall durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages um bis zu 20 % oder

24,6 Milliarden Euro weiter erhöht werden kann.

Voraussetzung für die Übernahme der Gewährleistung ist sowohl ein einstimmiger Beschluss aller Euro-Staaten als auch ein umfassendes Konsolidierungsprogramm, das der betroffene Staat zuvor mit dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission unter Mitwirkung der Europäischen Zentralbank vereinbart haben muss. Darüber hinaus wird sich auch der Internationale Währungsfonds mit 220 Milliarden Euro am Rettungsschirm für den Euro beteiligen.

Als zwingende Konsequenz aus der Krise wird die Koalition den unter Rot-Grün ausgehölhten und geschwächten Stabilitäts- und Wachstumspakt wieder stärken. Die Europäische Kommission hat hierzu in der vergangenen Woche Vorschläge unterbreitet, die in die richtige Richtung führen. Zudem wird die Bundesregierung durch die Koalitionsfraktionen aufgefordert, Banken und Anlagefonds dauerhaft an den Kosten von Krisen zu beteiligen, die durch sie mit verursacht wurden, indem sich die Bundesregierung über die Bankenabgabe hinaus auf europäischer und globaler Ebene für eine wirksame Finanzmarktsteuer – das heißt: Finanztransaktionssteuer oder Finanzaktivitätssteuer – einzusetzen und so schnell als möglich auch zu nationalen Maßnahmen zu kommen. Dazu gehört beispielsweise das Verbot von ungedeckten Leerverkäufen, wie es in dieser Woche schon durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht verhängt wurde.

Neuer Wehrbeauftragter vereidigt

An diesem Donnerstag hat Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert den neuen Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus, vereidigt. Der bisherige FDP-Bundestagsabgeordnete aus Berlin war am 25. März vom Bundestag als Nachfolger von Reinhold Robbe für fünf Jahre in dieses Amt gewählt worden.

Königshaus erhielt 375 von 579 abgegebenen Stimmen bei 163 Gegenstimmen und 41 Enthaltungen. Lammert gratulierte Königshaus und sagte, er freue sich auf die ver-

trauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bundestag im Interesse der Soldatinnen und Soldaten.

Hintergrund: Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages ist Anwalt der Soldatinnen und Soldaten und zugleich wichtiges Hilfsorgan des Parlaments bei der Kontrolle der Streitkräfte: Er nimmt eine ganz besondere Stellung innerhalb des parlamentarischen Systems ein. Dabei ist er weder Mitglied des Bundestages noch Beamter. Tätig wird er auf Weisung des Bundestages oder des Verteidigungsausschusses.

Der Wehrbeauftragte kann aber auch aus eigener Initiative heraus aktiv werden, wenn er Hinweise auf die Verletzung von Grundrechten von Soldaten oder von Grundsätzen der Inneren Führung erhält. Jede Soldatin und jeder Soldat hat die Möglichkeit, sich direkt an ihn zu wenden. Der Wehrbeauftragte ist somit auch der Ombudsmann der Streitkräfte. Mindestens einmal im Jahr berichtet der Wehrbeauftragte dem Bundestag über das Ergebnis seiner Tätigkeit. Der Jahresbericht wird im Parlament beraten.

Berufsbildungsbericht 2010 vorgelegt

Mit dem Berufsbildungsbericht 2010 unterrichtete die Bundesregierung in dieser Woche über die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt, die trotz der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vergleichsweise stabil geblieben ist, da auch die Zahl der ausbildungsinteressierten jungen Menschen demografiebedingt deutlich gesunken ist.

Zum zweiten Mal in Folge registrierte die Bundesagentur für Arbeit weniger unversorgte Bewerber/Bewerberinnen als unbesetzte Ausbildungsplätze. Andererseits gestaltet sich der Einstieg in Ausbildung für eine nicht zu unterschätzende Zahl von Jugendlichen weiterhin schwierig. Auf diese Zielgruppe muss künftig verstärkt die Aufmerksamkeit gerichtet werden, auch um den Fachkräftenachwuchs für Deutschland zu sichern.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Qualitätsoffensive in der Berufsausbildung“ wird die Bundesregierung aufgefordert, die Verzahnung der Übergänge von Schule und Ausbildung gemeinsam mit Län-

dem und Sozialpartnern zu verbessern. In diesem Zusammenhang bleibt es, trotz schwieriger Rahmenbedingungen, das Ziel der Union, bis zum Jahr 2015 die Ausgaben für Bildung und Forschung auf ein Niveau von 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern.

Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung

Ziel des „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung Deutsches Historisches Museum“, das in dieser Woche in 2./3. Lesung verabschiedet wurde, ist es, die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ zu optimieren. Um der Komplexität der Aufgabenstellung und des Meinungsspektrums noch besser Rechnung zu tragen, sollen sowohl der Stiftungsrat als auch der wissenschaftliche Beraterkreis vergrößert und das Berufungsverfahren für den Stiftungsrat modifiziert werden.

Der Stiftungsrat wird von 13 auf 21 Mitglieder ausgeweitet, indem die auf den Deutschen Bundestag, den Bund der Vertriebenen, die Evangelische und die Katholische Kirche in Deutschland und den Zentralrat der Juden in Deutschland entfallenden Mitgliederzahlen jeweils verdoppelt werden. Der wissenschaftliche Beraterkreis wird von bis zu neun auf bis zu 15 Mitglieder erweitert, um das wissenschaftliche Spektrum - nicht zuletzt wegen der geschichtspolitischen Komplexität dieses Projekts - breiter abzubilden.

Fahren mit 17 dauerhaft ermöglichen

Die Einführung des Modellversuchs "Begleitetes Fahren mit 17" hat zu einer Veränderung des Systems der Fahranfängervorbereitung geführt. Neben der Fahrschulausbildung gibt es die Möglichkeit der fahrpraktischen Einübung mit Begleitung durch einen fahrfahrenen Beifahrer. Die Evaluierung des Modellprojekts hat gezeigt, dass ein deutlicher Gewinn für die Verkehrssicherheit erzielt werden kann. Aus diesem Grund wird die Bundesregierung mit einem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP aufgefordert, das Straßenverkehrsgesetz und die Verordnung über die Zulassung von Personen im

Straßenverkehr zu ändern, um den Anwendungsbereich des "Begleiteten Fahrens mit 17" dauerhaft gesetzlich zu verankern.

Zitat

«Wir tun das für uns selbst und im Interesse nachfolgender Generationen»

(Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in der Debatte über die Stabilisierung des Euro)

Persönliche Notizen

1. Zur Diskussion der Finanzierung des deutschen Fernstraßennetzes trafen sich zahlreiche Experten aus dem Deutschen Bundestag, Bundes- und Landesministerien, der Wissenschaft, der Wirtschaft und den Verbänden. Die Landesvertretung Baden-Württemberg und Pro Mobilität hatten gemeinsam eingeladen. Die Vorträge und Statements können Sie im Internet abrufen:

http://www.promobilitaet.de/veranstaltungen/oku_100506.html

2. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wollen auf dem Europäischen Rat im Juni 2010 in Brüssel als Nachfolgekonzept der Lissabon-Strategie die neue Strategie „Europa 2020“ beschließen. Diese soll die Volkswirtschaften der Europäischen Union zu einem intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum für bessere Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt befähigen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Europa 2020 – Die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie der Europäischen Union braucht realistische und verbindliche Ziele – befürwortet die neue Strategie, unterstützt aber zugleich die kritische Haltung der Bundesregierung zu einzelnen Zielen und Indikatoren. Wichtig ist jetzt, aus den Schwächen der Lissabon-Strategie zu lernen und das neue Konzept erfolgreicher zu machen, auch mit Blick auf die Euro-Stabilisierung.

3. Für mich, wie für viele Abgeordnete, war diese Woche geprägt von harten und offenen Aussprachen in der Landesgruppe, der Frak-

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

tion und einfach im befreundeten Kollegenkreis über die Sicherung des Euro. Wir haben viele zusätzliche Informationen erhalten. Ich habe den Eindruck, dass Regierung und Fraktionsführung alles getan haben, um uns gut zu informieren. Umgekehrt aber auch, ich habe selten soviel über Währungsstabilität, Bürgerschaft und Verschuldung gelesen, wie in den letzten 10 Tagen. Bei aller Kritik an der Eile sage ich – es gab tatsächlich keine, auf lange Sicht preiswertere und vor allem wirksamere Entscheidung. Dennoch, jetzt kommt es darauf an, dass Griechenland, aber auch Irland, Italien, Portugal, Spanien ihre Hausaufgaben machen! Sonst bekommen wir ein neues Problem!

4. Die letzte Wahlkreiswoche war richtig spannend. Am 08. Mai würdigten Winfried Mack und ich auf Einladung von Dr. Eberhard Schwerdtner die Erweiterung des Seniorenpflegeheim des DRK in Bopfingen. Beim Europatag am 10. Mai hatte ich bereichernde Diskussionsveranstaltungen mit den Schülerinnen und Schülern der Berufsschulen Aalen und Ellwangen. Mein Dank gilt nicht nur dem beeindruckenden Engagement der Schüler, sondern auch der hervorragenden Vorbereitung der Schulen selbst.

5. Beim Bahntag in Stuttgart wurde deutlich, dass der Fokus der DB AG eher auf Stuttgart und Ulm liegt. Hier haben wir also noch viel zu tun, um Verbesserungen bei der Brenzbahn und der Jagsttalbahn zu erreichen. Die DB AG wie auch das zuständige Stuttgarter Ministerium kennt unsere Anliegen.

6. In Giengen und Riesbürg hatte ich offizielle Besuche bei Stadt und Gemeinde. In Giengen war ich auch bei der Polizei. In Riesbürg bei Südmo in Pflaumloch, um mich über die Lage eines bedeutenden mittelständischen Arbeitgebers unserer Region zu informieren. Lebhaft öffentliche Diskussionsveranstaltungen schlossen sich jeweils an, Straßenbau und vor allem Staatsverschuldung und der Euro waren die beherrschenden Themen.

7. Politischer Höhepunkt war der Besuch vom Parlamentarischen Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales bei der Agentur für Arbeit

in Aalen. Mit einem breiten Teilnehmerkreis einschließlich, IHK, Südwest-Metall und DGB, Integrations- und Gleichstellungsbeauftragten und unseren Abgeordneten im Landtag diskutierten wir die Arbeitsmarktlage. Die Presse und das Radio haben umfassend über den Besuch berichtet.

8. Die Eröffnung des Heidenheimer Volksfestes fiel buchstäblich ins Wasser, ich nutzte mit meiner Frau die Gelegenheit, mich mit den Schaustellern zu unterhalten. Inzwischen hat sich das Wetter ja erheblich verbessert, Zeit wird es.

9. Ein Besuch bei der Freiwilligen Feuerwehr Hürben zum 150-jährigen Bestehen und zwei Podiumsdiskussionen mit unserer aktiven Jungen Union rundeten das Wochenende ab. In Ellwangen hatte ich Gelegenheit mit Ministerin Gönner zu sprechen, auch im Verkehrshaushalt dürfen wir nicht mit Zuwachs rechnen.

10. Diese Woche haben mir die Besuche und Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern der Sechta-Ries-Realschule Unterschneidheim, der Sankt-Gertrudis-Schule Ellwangen, der Realschule Bopfingen, der Eugen-Gaus-Schule Heidenheim und mit den fleißigen Grünen Schwestern und ihren Partnern aus Ellwangen in Berlin viel Freude gemacht.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Pfingstfest und alles erdenklich Gute. Auch ich werde ein paar Tage im Urlaub ausspannen. Bis dahin!

Herzliche Grüße

Ihr und Euer Roderich Kieseewetter